



Diakonie
Baden-Württemberg



Handwerk in
Baden-Württemberg



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag



Landesverband der
Baden-Württembergischen
Industrie e. V.



Gemeindetag
Baden-Württemberg



BADEN-WÜRTTEMBERG



Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.



Positionspapier - Auftaktgespräch Ländlicher Raum

Das Dorf als Ganzes entwickeln.

Am 5. März 2016 wurde das Positionspapier mit dem Titel „Stärkung des Ländlichen Raumes muss Schwerpunkt in neuer Legislaturperiode werden“ verabschiedet. Damit haben die Unterzeichner deutlich gemacht, dass sie sich mit einer gemeinsamen Zielrichtung für die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums in Baden-Württemberg einsetzen. Der Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung hat nun für die aktuelle Legislaturperiode einen Kabinettsausschuss Ländlicher Raum ausgebildet, der sich genau mit der Frage dieser Zukunftsfähigkeit auseinandersetzen soll. Zugleich formuliert der Koalitionsvertrag den Auftrag an die Landesregierung, spezifische Lösungsansätze für den Ländlichen Raum zu erarbeiten und zu erproben.

Aus Sicht der Unterzeichner wird diese politische Zielstellung ausdrücklich unterstützt. Denn angesichts der zum Teil sehr großen Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen liegt es ja nahezu auf der Hand, dass viele Regelungen, die für die großen Städte richtig und gerechtfertigt sind, im ländlichen Raum oftmals erhebliche Hürden und Erschwernisse bedeuten. Mit seinen starken mittelständischen Unternehmen ist der Ländliche Raum ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Ort großer Innovation. Zugleich garantieren zukunftsfähige landwirtschaftliche Betriebe die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln sowie durch die Pflege der Kulturlandschaft den hohen Erholungs- und Tourismuswert. Die Bedeutung ländlicher Regionen für Leben und Arbeiten, Wirtschaft und Kultur kann damit nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Mit diesem Papier wollen die Unterzeichner den Kabinettsausschuss der Landesregierung unterstützen und konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und die Erprobung spezifischer Lösungsansätze in Baden-Württemberg vorlegen.

Grundvoraussetzung für einen starken und attraktiven Ländlichen Raum ist eine zukunftsorientierte und ganzheitliche **Gemeinde- und Dorfentwicklung**. Eine solche setzt sich aus vielfältigen Bausteinen zusammen, die diesem Positionspapier zu Grunde liegen. Unter dem Aspekt der Dorfentwicklung ist als ein wesentlicher Faktor die Gestaltung einer zukunftsfähigen Wohnraumsituation zu betrachten. Durch Modelle zur Förderung von altersgerechtem, inklusivem und bezahlbarem Wohnraum wird der Ländliche Raum eine spürbare Stärkung erfahren. Hierbei ist stets eine am Bedarf orientierte Grundlage maßgeblich, bei der auch ein höherer Anteil an Mietwohnraum zu berücksichtigen sein wird. Schließlich bildet ein angemessenes Angebot an Mietwohnraum die notwendige Grundlage für die Ansiedlung der benötigten Fachkräfte der zahlreichen Unternehmen im ländlichen Raum. Zugleich trägt ein solches Angebot dazu bei, die Rahmenbedingungen für das Verbleiben im Ort für alle Generationen zu schaffen. Gleichermäßen bedeutsam ist die Bereitstellung und Unterstützung der Rahmeninfrastruktur. Hierunter zählt vor allem die Stärkung der ganzheitlichen Nahversorgung in ihrer diversen Ausprägung, da diese sich als einer der Erfolgsfaktoren mit einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung ergänzt.

Somit ist unter die Gemeinde- und Dorfentwicklung auch die **Digitalisierung** zu subsumieren. Sie ist eine absolute Notwendigkeit für die Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raumes. Hierfür dringend benötigt sind klare Zielvorgaben zum Ausbau der Glasfasertechnik im Bereich FTTB (Fibre-to-the-Building). Für Gewerbebetriebe und Schulen, Beherbergungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aber auch für sonstige öffentliche Einrichtungen und Privathaushalte, ist der Anschluss an das Glasfasernetz ein enorm wichtiger Standortfaktor. Gerade im ländlichen Kontext kann es mit einer solchen Infrastruktur gelingen, bisher bestehende Standortnachteile auszugleichen und Wege kürzer zu machen. Aus diesem Grunde ist der Bedarf nach einem Konzept zum flächendeckenden FTTB-Ausbau größer denn je. Um zukünftig Smarte Technologien wie „Smart-Home“ oder „Smartes Arbeiten“ anwenden zu können, ist eine leistungsfähige symmetrische Breitbandversorgung unabdingbar.

In diesem Zuge ist ebenfalls auf die Sicherstellung einer wohnortnahen und zugleich sektorenübergreifenden **Gesundheits- und Pflegeversorgung** hinzuwirken. Die Präsenz von Hausärzten im ländlichen Raum ist hierfür der zentrale Anker. Auch dieser Bereich zählt zur Nahversorgung und dient somit der Sicherung der Daseinsvorsorge. Um möglichst zielgerichtet agieren zu können, ist die Orientierung an den konkreten Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall erforderlich, welche durch eine zielgenaue Bedarfsanalyse und -planung unterlegt und gesichert werden muss. Die aufkommenden telemedizinischen und digitalisierten Gesundheitsdienstleistungen bieten zusätzlich zum klassischen Ärzteangebot vor Ort große Potenziale als Ergänzungsangebote. Sie können aber die medizinische und soziale Grundversorgung in der Fläche nicht ersetzen. Damit zusammenhängend können für den Betrieb und die Ausstattung der hausärztlichen Versorgung genossenschaftliche Lösungen eine mögliche Lösung zur Sicherung des Versorgungsangebotes vor Ort sein.

So kann damit der ortsnahe ärztliche Versorgung Rechnung getragen und gleichzeitig den unterschiedlichen örtlichen Akteuren die Chance zur Beteiligung gegeben werden, was zu einer gesteigerten Identifikation führt. Darüber hinaus gilt es, auch für den ländlichen Raum eine verlässliche Versorgung für die Pflegesituation in und außerhalb der Familie sicher zu stellen. Auch wenn gerade im ländlichen Raum mehr als im städtischen Raum in den Familien gepflegt wird, bedarf es eines Ausbaus des Unterstützungs- und Entlastungsangebotes sowie entsprechender Einrichtungen.

Außerordentlich wichtig für die dörfliche Entwicklung ist gerade in der Fläche des Ländlichen Raumes der Mobilitätsaspekt. Daher muss auch das Ziel einer leistungsfähigen Anbindung an den **Straßenverkehr und ÖPNV** verfolgt werden. Voraussetzung hierfür ist der zielgerichtete Ausbau und die fortlaufende Sanierung des Straßen- und Verkehrsnetzes. Darauf aufbauend sind die Möglichkeiten zukünftiger Mobilitätskonzepte einzubeziehen. Geprägt von Pendlerströmen stellt die Förderung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements neue Optionen, auch für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, dar. Der Ländliche Raum bietet zudem, durch die Vielzahl an Pendlern bedingt, Gelegenheiten zur Erprobung von innovativen Fahrdienstmodellen sowie autonomen Fahrens. Dies würde auch der Inklusion von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen dienen. Da der öffentliche Personennahverkehr stark durch Schülerverkehre getragen wird, sollte hier mit einer gezielten Förderung unterstützt werden, um Familien im ländlichen Raum nicht über Gebühr zu belasten und gleichzeitig ein Grundangebot im ÖPNV sicherzustellen.

Um dem verfassungsmäßigen Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen, gerecht zu werden, sind der Erhalt von **Schulen vor Ort** und **erreichbare Schul- und Bildungswege** in der Fläche unbestreitbar. Aufgrund dessen bedarf es einer Bestandsgarantie der örtlichen Grundschulen. Ebenso müssen die Berufsschulen im Ländlichen Raum erhalten und zugleich auch zielgerichtet mehr Kleinklassen ermöglicht werden. Nur so können die Stärken und Vorteile im Dualen System der Berufsausbildung vollumfänglich zum Tragen kommen. Vor diesem Hintergrund ist die Stärkung der regionalen Schulentwicklungsplanung vorzunehmen, so dass auch auf diesem Wege spezifische Lösungen für den ländlichen Raum erprobt werden können.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind besonders im ländlichen Raum eine tragende Säule des gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens, die es zu unterstützen gilt.

Im Interesse einer erfolgreichen Dorfentwicklung steht natürlich auch die aktive und erfolgreiche **Integration** von Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Um dies zu erreichen, muss eine dauerhafte Ermöglichung des Integrationsmanagements vorgenommen werden. So gilt es, den befristeten Pakt für Integration zu entfristen und auf Dauer anzulegen. Auf dieser Grundlage können sodann vor Ort hauptamtlich gesteuerte Netzwerke der ehrenamtlichen Kräfte aus Vereinen, Kirchen, Freier Wohlfahrtspflege und örtlichen Firmen ausgebildet und gestärkt werden, was gerade im

ländlichen Raum, wo Ehrenamt und Firmenstruktur oft Hand in Hand gehen, sehr große Potentiale bietet.

Die Unterzeichner fordern daher die Landesregierung auf, die in der Anlage in der beigefügten Tabelle aufgezeigten Maßnahmen aufzugreifen, in die Arbeit des Kabinettsausschusses Ländlicher Raum einzubeziehen und die konkreten politischen Handlungen, insbesondere die Erprobung von spezifischen Lösungsansätzen, umzusetzen.

Stuttgart, 05. Juli 2017

Msgr. Bernhard Appel
Vorstandsvorsitzender
Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.

Pfarrer Oliver Merkelbach
Vorstandsvorsitzender
Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann
Vorstandsvorsitzender
Diakonisches Werk Württemberg e.V.

Oberkirchenrat Urs Keller
Vorstandsvorsitzender
Diakonisches Werk Baden e.V.

Dr. Thomas Dietrich
Landvolkpfarrer / Abteilungsleitung Sozialpastoral
Erzdiözese Freiburg

Dr. Joachim Drumm
Hauptabteilungsleiter
Diözese Rottenburg-Stuttgart

Rainer Reichhold
Präsident
Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.

Wolfgang Grenke
Präsident
Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Thomas Albiez
Hauptgeschäftsführer
IHK Schwarzwald Baar-Heuberg

Senator E.h. Wolfgang Wolf
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
LVI - Landesverband der
Baden-Württembergischen Industrie e.V.

Roger Kehle
Präsident und Hauptgeschäftsführer
Gemeindetag Baden-Württemberg

Prof. Eberhard Trumpp
Hauptgeschäftsführer
Landkreistag Baden-Württemberg



Reinhold Schimkowski
Vorsitzender
Liga der freien Wohlfahrtspflege in
Baden-Württemberg e.V.



Marie-Luise Linckh
Präsidentin
AG der LandFrauenverbände Baden-Württemberg



Ingrid Engelhart
Geschäftsführende Vorsitzende
SPES Zukunftsmodelle e.V.